

Sporthallen: Hoffen auf starke Regenfälle

A Am 7.11. in der Bauausschusssitzung fragte BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel nach, ob angesichts der starken Regenfälle die neuen Sporthallen gegen das Eindringen weiterer Wassermengen geschützt sind, um eine Vergrößerung der Schäden zu vermeiden. Die Antwort der Bauamtsleiterin: „Aus Gründen der Beweissicherung“ wären nur teilweise Schutzmaßnahmen erfolgt. Im Klartext: Wassermengen können also weiter eindringen und die Schäden – wie zu befürchten ist -in nicht geringem Ausmaße vergrößern – „aus Gründen der Beweissicherung“. Je größer die Schäden, um so besser die Beweislage. Das ist der ganz reale Irrsinn.

Ziele bis 2018: Vorschläge der BALL- Fraktion

Stadtvertretung auch für Schranken:

1.900 Bürger/innen wollen Schranken an Bahnübergängen

Die Stadtvertretung beschließt die Schwerpunktziele für den Zeitraum bis 2018. Die BALL-Fraktion hat folgende vorrangigen Ziele in die Diskussion eingebracht:

1. Bedarfsgerechte Schaffung von Kita- und Krippenplätzen; Senkung der Kita-Elternbeiträge bis mit entsprechender Landes-/Bundesförderung die Elternbeiträge ganz abgeschafft sind.
2. Förderung des sozialen Wohnungsbaus; Schließung von Baulücken sowie Beseitigung von Gebäuderuinen im Stadtgebiet



3. Verbesserung des Veranstaltungs- und Freizeitangebots für Jugendliche
4. Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Wohnungslosen
5. Förderung von Initiativen für Toleranz, soziale Integration und gegen Rassismus, Neonazismus, Gewalt und soziale Ausgrenzung
6. Sanierung der „Knabenschule“ und Gestaltung der Schulsportanlage bei der Gemeinschaftsschule
7. Instandhaltung von Schulen, kulturellen, sozialen, sportlichen Einrichtungen, Gebäuden und Anlagen; Einführung eines kommunalen Gebäudemanagements
8. Maßnahmen zum Schutz bei Starkregenfällen
9. Nachhaltige Absicherung der quantitativen und qualitativen Trinkwasserversorgung; Verhinderung von Fracking (s. Artikel auf der Seite 2)

Fortsetzung siehe rechte Spalten unten auf dieser Seite

Während der AKN die Unfälle an den unbeschränkten Bahnübergängen in der Vergangenheit nicht reichten, um diese durch Halbschranken zu sichern, scheint es jetzt ganz schnell zu gehen. Zur Beschleunigung haben zweifellos die rund 1.900 Bürgerinnen und Bürger beigetragen, die als Reaktion auf den tragischen Todesfall mit ihrer Unterschrift die Beschränkung des Bahnübergangs am Bornkamp forderten. Auf der Stadtvertreterversammlung im Oktober hatten die BALL-Fraktion und die Bürgermeisterin gleich zwei inhaltlich weitgehend identische Anträge eingebracht, um die AKN zur Beschränkung der Bahnübergänge am Bornkamp sowie am

Reihergehölz zu bewegen. Geklärt ist mittlerweile, dass der Bahnübergang am Reihergehölz auf Barmstedter Stadtgebiet liegt. Letztlich forderte die Stadtvertretung einstimmig die AKN auf ein entsprechendes Planfeststellungsverfahren einzuleiten, um beide Bahnübergänge mit Halbschranken zu sichern, und die Stadtvertretung stellte im Haushalt 2014 ihren Drittel-Anteil – voraussichtlich durch Zuschüsse reduziert auf ca. 42.500,- Euro - an den Gesamtkosten von ca. 500.000,- Euro bereit. Jetzt muss nur noch darauf geachtet werden, dass die Errichtung der Halbschranken genauso schnell erfolgt wie der Beschluss der Stadtvertretung.



Bürgerentscheid Lillschen Hügel / Sohlgleite:

68% korrigieren Stadtvertretung



Eine große Mehrheit von 68 % der Barmstedterinnen und Barmstedter hat sich beim Bürgerentscheid gegen die Bebauung des Lillschen Hügels ausgesprochen – und damit faktisch auch gegen den Bau der teuren langen Sohlgleite. Bekanntlich hatte eine Mehrheit der Stadtvertretung

aus FWB, SPD sowie einem CDU-Vertreter eine Fischaufstiegshilfe, die lange Sohlgleite, bauen wollen; da diese rund 1.4 Mio. Euro teurer wäre als eine naturnahe, geschlängelte kurze Sohlgleite bei der Wassermühle, sollte durch die Bebauung eines größeren Teils des Lillschen Hügels das Geld

reinkommen. Die Bürgerinitiative „Rettet den Lillschen Hügel“, die BALL und ein Teil der CDU-Fraktion haben sich dafür eingesetzt, dass der Seerandbereich nicht bebaut wird sondern perspektivisch der Allgemeinheit als Park- oder Grünfläche zur Verfügung steht. Eine naturnahe Fisch-

aufstiegshilfe kann zudem sehr viel kostengünstiger mit einem Stadtanteil von rund 50.000,- Euro statt 1.4 Mio. Euro gebaut werden. Die Barmstedterinnen und Barmstedter sahen das genauso und haben jetzt mit ihrem klaren Votum FWB, SPD sowie den CDU-Vertreter ausgebremst. Nach Auffassung der

BALL sollte jetzt in Ruhe eine naturnahe, geschlängelte kurze Fischaufstiegshilfe bei der Wassermühle geplant werden – Zeitdruck – wie noch vor einem Jahr suggeriert – besteht nicht, wie Bürgermeisterin Döpke auf der Stadtvertreterversammlung im Oktober mitteilte.

Fortsetzung des Artikels: Ziele bis 2018
Vorschläge der BALL-Fraktion

10. Weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Belastungen durch LKW- Verkehr und Käsefabrik/Meierei; Aktualisierung des Verkehrskonzepts mit der Zielsetzung von Schulwegsicherung sowie Verbesserungen für Fußgänger, Radfahrer und Senioren
11. Errichtung einer kurzen Sohlgleite; Planung auf der Grundlage der Variante 5
12. Unterstützung der Stadt-

werke bei strukturellen Weiterentwicklungen und der Erschließung gegebenenfalls weiterer Betätigungsbereiche bei Gewährleistung tarifgebundener Beschäftigungsverhältnisse

13. Eintreten für eine Finanzausstattung der Kommunen, die real das durch Grundgesetz und Gemeindeordnung garantierte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ermöglicht.

Barmstedter Umweltausschuss für Korbacher Resolution:

Fracking muss verhindert werden!

Am „Global Frackdown Day“ fanden am 19. Okt. weltweit Protestaktionen in mehr als 250 Orten in 30 Ländern statt. Gegner der umstrittenen Schiefergas-Förderungsmethode mobilisieren international seit Jahren zum 19. Oktober, um deren Gefahren ins öffentliche Bewußtsein zu bringen und ihr Verbot durchzusetzen. Beim Fracking wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien mit hohem Druck in Schiefergestein gepresst, um Risse zu erzeugen und eine höhere Durchlässigkeit aus Gas- und Ölvorkommen hin zur Bohrstelle zu erreichen. Befürchtete Folgen sind die Verseuchung des Trinkwassers und eine Beschleunigung des Klimawandels. In bestimmten geologischen Formationen könnten auch Erdbeben ausgelöst werden.

Am 16.11.2012 tagte die Bundesumweltministerkonferenz (UMK), auf der einstimmig u. a. folgende Positionen zu Fracking beschlossen wurden:

■ Fracking soll nur in Trinkwasserschutzgebieten ausgeschlossen werden. In anderen Gebieten wäre es hingegen möglich.

■ Auch in Trinkwasserschutzgebieten soll lediglich der Einsatz „von Fracking-Technologien mit umwelttoxischen Chemikalien“ ausgeschlossen werden. Weisen die Chemikalien andere Merkmale auf, gilt dieser Ausschuss nicht.

■ In zeitlicher Hinsicht sei es „auf Grund der aktuellen wissen-

schaftlichen Datenlage“ lediglich „zu diesem Zeitpunkt“ nicht verantwortlich Vorhaben zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas mittels Fracking zu genehmigen. Fracking bleibt aber weiterhin eine Option.

Außerdem einigte sich die UMK auf die Durchführung von

umwelttoxischer Chemikalien in unserer unmittelbaren Nachbarschaft aus. Die Gefahren für die Vergiftung des Grundwassers sind zu groß. Dementsprechend erwarten wir, dass auch keine Voruntersuchungen genehmigt werden.“

Im August wurde bekannt,

als Fachaufsicht hätte die Erteilung allerdings verhindern können“, so der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). „Die Rechtslage verlangt nämlich eine in die Tiefe gehende Prüfung. Insbesondere ist die Erlaubnis zu verweigern, wenn überwiegende öffentliche Interessen die Aufsuchung im gesamten Feld ausschließen. Eine derartige Analyse hat (z.B.) die hessische Umweltministerin Lucia Puttlich durchführen lassen. In der Folge wurde ein Aufsuchungsantrag in Nordhessen abgelehnt. Es ist nicht zu erkennen, dass sich Grünen-Umweltminister Robert Habeck in Schleswig-Holstein auch nur im Ansatz die Mühe gemacht hat.“ (BBU-Stellungnahme vom 19.8.2013).

Mittlerweile beraten in Berlin die Spitzen der CDU und SPD über einen Koalitionsvertrag. Rechtzeitig melden sich medienstark deutsche Energiekonzerne, allen voran die BASF, und verlangen von der zukünftige Bundesregierung endlich Fracking-Tests zuzulassen, denn eine Erdgasgewinnung verspricht den Konzernen angesichts der hohen Energiepreise riesige Gewinne.

Auf der Sitzung des Barmstedter Umweltausschusses am 30.10.2013 stand das Thema Fracking wieder auf der Tagesordnung. Beschlossen wurde die Erstellung eines neuen Resolutionsentwurf, der sich inhaltlich an die „Korbacher Resolution“, die im Mai 2013 auf einem



Forschungsbohrungen. Damit soll der Einstieg in die Fracking-Technologie in Deutschland ermöglicht werden.

Als Reaktion darauf beschloss, auf Initiative der BALL-Fraktion, die Barmstedter Stadtvertretung im Dezember 2012 folgende Entschließung:

„Die Stadtvertretung der Stadt Barmstedt spricht sich entschieden gegen die Zulassung des heftig umstrittenen „frackings“ unter Verwendung

dass der Firma PRD Energy GmbH vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie vom Kieler Umweltministerium, für den Zeitraum von fünf Jahren eine Erlaubnis für das Aufsuchen von Bodenschätzen (Kohlenwasserstoffen) im sogenannten Feld Barmstedt erteilt worden ist. Damit wurde auch in Schleswig-Holstein ein weiterer Schritt in Richtung eines möglichen Frackings vollzogen. „Das Umweltministerium

bundesweitem Treffen der Anti-Fracking-Initiativen beschlossen wurde, anschließen soll.

In der Korbacher Resolution sind folgende Forderungen an Bund, Länder und die Europäische Union aufgeführt:

■ Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.

■ Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.

■ Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer.

■ Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.

■ Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, d.h. Abkehr von fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

Damit die Barmstedter Bevölkerung umfangreich über die Gefahren von Fracking informiert wird, wandte sich der Umweltausschuss an den Bürgervorsteher das Thema auf der nächsten Einwohnerversammlung der Stadt zu

Wir lassen uns nicht länger bespitzeln!

Wer hört und liest eigentlich sonst noch mit? Das fragen sich weltweit viele Bürger/innen, die miteinander telefonieren oder per E-Mail kommunizieren. Der Ex-US-Geheimdienstmitarbeiter und Whistleblower Edward Snowden hat enthüllt, in welchem gigantischen Ausmaß Geheimdienste Daten der Bürger/innen sammeln, speichern und damit eine Totalüberwachung hergestellt haben. Die US-Geheimdienste nutzen den technologischen Vorsprung der amerikanischen IT-Unternehmen, um nicht nur durch sogenannte eingebaute „Hintertüren“ in deren Kommunikationssoftware ungehindert ihre weltweite Überwachungs- und Abhöraktivitäten vorzunehmen. Diese Aktivitäten strafen die Illusion von der freien Welt des Internets Lügen: Konzerne wie Facebook, Yahoo und Google kooperieren mit den Geheimdiensten bzw. werden angezapft. Neue Hinweise bestärken die Vermutung, dass die Geheimdienste Deutschlands und anderer europäischer Staaten aktiv und im großen Stil an den weltweiten Überwachungspraktiken des US-Dienstes NSA teilhaben. Statt einer Abkehr von der allgegenwärtigen Bespitzelungspraktik der Bevölkerung einzuleiten, verschleiern, vernebeln und verdecken die Bundesregierung seit mehreren Monaten den größten Überwachungsskandal, den wir jemals erlebt haben. Politiker von CDU und CSU wollen sogar noch mehr geheimdienstliche Tätigkeiten und fordern für den Bundesnachrichtendienst (BND) neue Ausspähprogramme, die ihm auch eine Überwachung im NSA-Stil ermöglichen sollen.

Aber die Kritik an den Überwachungsaktivitäten der Geheimdienste nimmt zu. Erste Demonstrationen fanden statt und auf der Kampagnenseite

läuft eine Online-Unterschriften-sammlung. Dort heißt es: **Fordern Sie mit unserem Appell umfassende Aufklärung und klare Konsequenzen!**

Wir fordern Bundesregierung und Bundestag auf, die Geheimdienste endlich wirksam zu kontrollieren. Wichtige Verstöße der Geheimdienste müssen die Abgeordneten veröffentlichen dürfen, damit sie abgestellt werden. An ihrer Seite brauchen sie einen unabhängigen Geheimdienstbeauftragten, der ihnen fachlich zurarbeitet.

Unterschrieben werden kann der Appell auf der Internetseite www.campact.de.

ser Vereine und Veranstaltungen. Es gibt überhaupt keinen Grund dieses gute Ansehen, das die Stadtwerke sich vor allem auch durch eine Belegschaft mit vergleichsweise soliden Arbeitsverhältnissen erarbeitet haben, durch derartige Sozialabbaupläne zu gefährden. Zudem wird die Stadtwerkebelegschaft mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft VERDI dies auch nicht zulassen, wie die hohe Präsenz bei den Ausschusssitzungen schon andeutete. Die BALL-Fraktion wird entsprechend ihres Wahlprogramms auf der Hauptausschusssitzung Ende November sich dafür stark machen, dass in allen Tochtergesellschaften der Stadtwerke wie bei den Stadtwerken tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse gelten, mindestens auf dem Niveau des TVV. Im Übrigen gilt seit dem 1.8.2013 in Schleswig-Holstein das Tarifreue-Gesetz. Demnach dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Mitarbeiter tarifgerecht entlohnen. Da würde es ganz schwer in die Landschaft passen, wenn ein bislang gut geführtes volkseigenes Unternehmen auf einmal in die entgegengesetzte Richtung ginge.

campact!de
DEMOKRATIE IN AKTION

Beschäftigte der Stadtwerke-Unternehmen wehren sich:

Tarifflichtpläne stoppen!

Als seinerzeit die Stadt Barmstedt die „Stadtwerke GmbH“ aus den Stadtwerken ausgegliedert hat, wurde durch einen Überleitungsvertrag geregelt, dass für die rund 38 Beschäftigten bei den Stadtnetzen der gleiche Tarifvertrag TVV wie bei den Stadtwerken gilt. Ferner wurde auch die Zuständigkeit des Betriebsrates für die Stadtnetze vertraglich abgesichert. Später erfolgte dann die Gründung der „Vertriebs-GmbH“, über die das umsatzstarke und damit mit höheren Risiken verbundene Geschäft mit Gas- und Stromkunden außerhalb Barmstedts abgewickelt wird. In dieser „Vertriebs-GmbH“ sind bislang erst zwei Mitarbeiter beschäftigt, und für diese Tochtergesellschaft der Stadtwerke gilt bislang weder der Tarifvertrag TVV noch ist die Zuständigkeit des Betriebsrates geregelt. Die Stadtwerkeleitung sträubt sich seit geraumer Zeit auch für die Vertriebs-GmbH

diesen tariflosen Zustand zu beenden. Zusätzliche Unruhe in der Stadtwerke-Belegschaft wurde dann durch ein Papier ausgelöst, in dem die Werksleitung – offenbar mit Rückendeckung durch den Werksausschussvorsitzenden D. Tetz (CDU) – 14 Punkte anführt, die sie am tariflosen Zustand sympathisch findet und die sie ganz offensichtlich auch bei den Stadtwerken und Stadtnetzen einführen möchte, denn nur dann machte der Vorstoß Sinn: Kein vorgeschriebenes 13.Gehalt, Gehaltskürzungen für „Leistungsschwächere“, Kürzung des Jahresurlaubs, keine Zeitzuschläge, keine zusätzliche Altersversorgung usw. – das ganze Programm des Sozialabbaus. Angeführt für diese Sozialabbaupläne wird ein angeblicher Wettbewerbsnachteil bei den Personalkosten gegenüber privatwirtschaftlich geführten Konzernen wie E.ON – absoluter Quatsch, denn gerade bei den Konzernunternehmen gibt es



aufgrund der höheren gewerkschaftlichen Organisiertheit in der Regel bessere tarifliche Beschäftigungsverhältnisse.

Die Stadtwerke Barmstedt mit ihren Tochtergesellschaften sind seit vielen Jahren ein gut geführtes und gut arbeitendes Unternehmen, das für die Bürgerinnen und Bürger ein qualitativ gutes Gas-, Wasser- und Stromnetz un-

terhält und mit dem Aufbau des Glasfasernetzes große Schritte in die Zukunft geht. Zudem füttern die Stadtwerke jährlich mit hohen Beträgen den Haushalt der Stadt. Die Preise für Strom, Gas und Wasser sind zudem konkurrenzfähig, darüber hinaus engagieren sich die Stadtwerke sozial mit dem Strom-Sozialtarif sowie der Unterstützung diver-

ser Vereine und Veranstaltungen. Es gibt überhaupt keinen Grund dieses gute Ansehen, das die Stadtwerke sich vor allem auch durch eine Belegschaft mit vergleichsweise soliden Arbeitsverhältnissen erarbeitet haben, durch derartige Sozialabbaupläne zu gefährden. Zudem wird die Stadtwerkebelegschaft mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft VERDI dies auch nicht zulassen, wie die hohe Präsenz bei den Ausschusssitzungen schon andeutete. Die BALL-Fraktion wird entsprechend ihres Wahlprogramms auf der Hauptausschusssitzung Ende November sich dafür stark machen, dass in allen Tochtergesellschaften der Stadtwerke wie bei den Stadtwerken tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse gelten, mindestens auf dem Niveau des TVV. Im Übrigen gilt seit dem 1.8.2013 in Schleswig-Holstein das Tarifreue-Gesetz. Demnach dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Mitarbeiter tarifgerecht entlohnen. Da würde es ganz schwer in die Landschaft passen, wenn ein bislang gut geführtes volkseigenes Unternehmen auf einmal in die entgegengesetzte Richtung ginge.

ser Vereine und Veranstaltungen. Es gibt überhaupt keinen Grund dieses gute Ansehen, das die Stadtwerke sich vor allem auch durch eine Belegschaft mit vergleichsweise soliden Arbeitsverhältnissen erarbeitet haben, durch derartige Sozialabbaupläne zu gefährden. Zudem wird die Stadtwerkebelegschaft mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft VERDI dies auch nicht zulassen, wie die hohe Präsenz bei den Ausschusssitzungen schon andeutete. Die BALL-Fraktion wird entsprechend ihres Wahlprogramms auf der Hauptausschusssitzung Ende November sich dafür stark machen, dass in allen Tochtergesellschaften der Stadtwerke wie bei den Stadtwerken tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse gelten, mindestens auf dem Niveau des TVV. Im Übrigen gilt seit dem 1.8.2013 in Schleswig-Holstein das Tarifreue-Gesetz. Demnach dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Mitarbeiter tarifgerecht entlohnen. Da würde es ganz schwer in die Landschaft passen, wenn ein bislang gut geführtes volkseigenes Unternehmen auf einmal in die entgegengesetzte Richtung ginge.

ser Vereine und Veranstaltungen. Es gibt überhaupt keinen Grund dieses gute Ansehen, das die Stadtwerke sich vor allem auch durch eine Belegschaft mit vergleichsweise soliden Arbeitsverhältnissen erarbeitet haben, durch derartige Sozialabbaupläne zu gefährden. Zudem wird die Stadtwerkebelegschaft mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft VERDI dies auch nicht zulassen, wie die hohe Präsenz bei den Ausschusssitzungen schon andeutete. Die BALL-Fraktion wird entsprechend ihres Wahlprogramms auf der Hauptausschusssitzung Ende November sich dafür stark machen, dass in allen Tochtergesellschaften der Stadtwerke wie bei den Stadtwerken tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse gelten, mindestens auf dem Niveau des TVV. Im Übrigen gilt seit dem 1.8.2013 in Schleswig-Holstein das Tarifreue-Gesetz. Demnach dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Mitarbeiter tarifgerecht entlohnen. Da würde es ganz schwer in die Landschaft passen, wenn ein bislang gut geführtes volkseigenes Unternehmen auf einmal in die entgegengesetzte Richtung ginge.

ser Vereine und Veranstaltungen. Es gibt überhaupt keinen Grund dieses gute Ansehen, das die Stadtwerke sich vor allem auch durch eine Belegschaft mit vergleichsweise soliden Arbeitsverhältnissen erarbeitet haben, durch derartige Sozialabbaupläne zu gefährden. Zudem wird die Stadtwerkebelegschaft mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft VERDI dies auch nicht zulassen, wie die hohe Präsenz bei den Ausschusssitzungen schon andeutete. Die BALL-Fraktion wird entsprechend ihres Wahlprogramms auf der Hauptausschusssitzung Ende November sich dafür stark machen, dass in allen Tochtergesellschaften der Stadtwerke wie bei den Stadtwerken tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse gelten, mindestens auf dem Niveau des TVV. Im Übrigen gilt seit dem 1.8.2013 in Schleswig-Holstein das Tarifreue-Gesetz. Demnach dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Mitarbeiter tarifgerecht entlohnen. Da würde es ganz schwer in die Landschaft passen, wenn ein bislang gut geführtes volkseigenes Unternehmen auf einmal in die entgegengesetzte Richtung ginge.

ser Vereine und Veranstaltungen. Es gibt überhaupt keinen Grund dieses gute Ansehen, das die Stadtwerke sich vor allem auch durch eine Belegschaft mit vergleichsweise soliden Arbeitsverhältnissen erarbeitet haben, durch derartige Sozialabbaupläne zu gefährden. Zudem wird die Stadtwerkebelegschaft mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft VERDI dies auch nicht zulassen, wie die hohe Präsenz bei den Ausschusssitzungen schon andeutete. Die BALL-Fraktion wird entsprechend ihres Wahlprogramms auf der Hauptausschusssitzung Ende November sich dafür stark machen, dass in allen Tochtergesellschaften der Stadtwerke wie bei den Stadtwerken tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse gelten, mindestens auf dem Niveau des TVV. Im Übrigen gilt seit dem 1.8.2013 in Schleswig-Holstein das Tarifreue-Gesetz. Demnach dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Mitarbeiter tarifgerecht entlohnen. Da würde es ganz schwer in die Landschaft passen, wenn ein bislang gut geführtes volkseigenes Unternehmen auf einmal in die entgegengesetzte Richtung ginge.

ser Vereine und Veranstaltungen. Es gibt überhaupt keinen Grund dieses gute Ansehen, das die Stadtwerke sich vor allem auch durch eine Belegschaft mit vergleichsweise soliden Arbeitsverhältnissen erarbeitet haben, durch derartige Sozialabbaupläne zu gefährden. Zudem wird die Stadtwerkebelegschaft mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft VERDI dies auch nicht zulassen, wie die hohe Präsenz bei den Ausschusssitzungen schon andeutete. Die BALL-Fraktion wird entsprechend ihres Wahlprogramms auf der Hauptausschusssitzung Ende November sich dafür stark machen, dass in allen Tochtergesellschaften der Stadtwerke wie bei den Stadtwerken tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse gelten, mindestens auf dem Niveau des TVV. Im Übrigen gilt seit dem 1.8.2013 in Schleswig-Holstein das Tarifreue-Gesetz. Demnach dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Mitarbeiter tarifgerecht entlohnen. Da würde es ganz schwer in die Landschaft passen, wenn ein bislang gut geführtes volkseigenes Unternehmen auf einmal in die entgegengesetzte Richtung ginge.

ser Vereine und Veranstaltungen. Es gibt überhaupt keinen Grund dieses gute Ansehen, das die Stadtwerke sich vor allem auch durch eine Belegschaft mit vergleichsweise soliden Arbeitsverhältnissen erarbeitet haben, durch derartige Sozialabbaupläne zu gefährden. Zudem wird die Stadtwerkebelegschaft mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft VERDI dies auch nicht zulassen, wie die hohe Präsenz bei den Ausschusssitzungen schon andeutete. Die BALL-Fraktion wird entsprechend ihres Wahlprogramms auf der Hauptausschusssitzung Ende November sich dafür stark machen, dass in allen Tochtergesellschaften der Stadtwerke wie bei den Stadtwerken tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse gelten, mindestens auf dem Niveau des TVV. Im Übrigen gilt seit dem 1.8.2013 in Schleswig-Holstein das Tarifreue-Gesetz. Demnach dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Mitarbeiter tarifgerecht entlohnen. Da würde es ganz schwer in die Landschaft passen, wenn ein bislang gut geführtes volkseigenes Unternehmen auf einmal in die entgegengesetzte Richtung ginge.